

Nr. 3.

M. Schlegel

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauoppreß

Berichtszeitung: Amt Dresden Nr. 31207
Ziel-Adresse: Elbgauoppreß Blasewitz

Tageszeitung — Lokal-Anzeiger
für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Postkonto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Böhla, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hösterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-S.

Druck u. Verlag: Elbgau-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4. / Herausgeber: f. d. Schriftleitung: Prof. Otto Dr. Stummelmann, Dresden; f. d. Auszugsseiten: Paul Peschel, Dresden

Erscheint jeden Montagabend nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: monatlich 8.— Mark, vierteljährlich 24.— Mark
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 7,50 Mark vierteljährlich 22,50 Mark

Dresden-Blasewitz
Mittwoch, den 4. Januar 1922.

Ausgaben-Preis: die besprochene Grundfläche oder deren Raum
2.— Mark, im Zettelformat die Seite 5.— Mark, für Tabellen- und
sonstigen Sach 50% Aufschlag.

Bestellung: Bitte für die nächste Nummer bis norm. 10 Uhr.

Die Ursachen des Defizitelends bei den Staatsbetrieben.

Von Franz Riehle-Dresden.

D. J. C. Unsere staatlichen Unternehmungen, insbesondere Eisenbahn und Post, die in früheren Jahren anerkannte Überzeugungen waren, aus denen der Staat nicht unerhebliche Mittel für andere Zwecke entnehmen konnte, stehen seit der Revolution unter dem Zeichen einer chronischen Defizitwirtschaft und auch die sehr bequeme, aber wenig geniale Methode der bananenden Erhöhung der Gebühren konnte selbstverständlich eine Linderung dieses Zustandes nicht herbeiführen.

Bezüglich der Eisenbahn ist jetzt eine in Berlin gebildete Kommission damit beschäftigt, die Gründe für die Unwirtschaftlichkeit dieses Unternehmens festzustellen. Wir haben unsrerseits in früheren Ausschreibungen schon wiederholt eine Reihe dieser Gründe dargelegt und möchten nur heute nochmal bemerken, daß einer der Hauptgründe mit in der schematischen Übertragung des Abschundertages auf den Eisenbahnbetrieb zu erblitten ist. Die dazu geführte hat, daß trotz gesetzerten Personals noch etwa 40000 Eisenbahngüterwagen und eine recht große Anzahl Lokomotiven in Deutschland der Ausbeutung harren, daß der hierdurch herbeigeführte Wagenmangel auch noch dadurch verschärft wird, daß die Ent- und Umladung von Frachtstückgütern an Güterschuppen und Umladehallen zu langsam vor sich geht, obwohl auch noch Aushilfsarbeiter eingesetzt sind, daß ferner die beladenen und leeren Wagen nicht rasch genug ihrem Betriebsziel zugeführt werden usw. Die Reichsbahndirektion in Berlin gibt zu, daß noch zu viel Personal im Dienste sich befindet. Die Eisenbahner-Organisationen und die Beamten- und Betriebsvertretungen (Räte) bilden, sich nur mit den Geschäften des Beamten- und Betriebsrätegesetzes beschäftigen und von allen Dienstleistungen vollständig freistehen — aber bezahlt werden, z. T. noch besondere Vergütungen erhalten. Es wird auch verschwiegen, welche Unsumme von Zeit und Arbeit einer großen Zahl von Beamten noch zuwendet, um die Angelegenheiten, Wünsche, Forderungen und Anträge dieser Räte, die fast nur persönlicher Natur sind, dienstlich zu behandeln oder sich an langen Sitzungen oder Dienstreisen zu beteiligen. Es wird auch nichts darüber erwähnt, daß diese Räte in den meisten Fällen nicht mit der Eisenbahnverwaltung, sondern ihr bei Durchführung des Betriebes und Verkehrs hemmnisse und Schwierigkeiten durch Einsprüche bereiten und eine geordnete Betriebsführung deshalb keinesfalls machen, weil die Reichsbahndirektion den Personalvertretungen (Räten) Zugeständnisse gemacht hat, die über die Bestimmungen der Befehle weit hinausgehen und bei Industrieunternehmungen aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar wären. Kann eine Verwaltung mit einem so großen Defizit sich einen derartigen Luxus gestatten? Wohl kaum! Es wird verschwiegen, daß eine Unzahl von höheren, mittleren und unteren Beamten, Gewerkschaftern und Arbeitern in Kommissionen, Ausschüssen usw. usw. dauernd täglich sind, die sich mit Befordungs-, Tarif-, Wirtschafts- und Organisationsfragen beschäftigen, ohne daß bisher irgendwelche wirtschaftliche Erfolge in die Errscheinung getreten sind.

Es ist wohl klar, daß bei solchen unproduktiven Arbeiten eine Gesundung des Eisenbahnwesens nicht erreicht werden kann. Wo in einzelnen Beziehungen der Reichsbahnbetrieb sich gebessert hat, da ist dies nicht etwa auf die Mitwirkung der neu geschaffenen Personalvertretungen, sondern nur darauf zurückzuführen, daß der frühere gute Stammbaum älterer Beamten und Arbeiter Pflichtbewußtsein und Treue sich bewahrt hat und über seine Kräfte Dienst leistet, sich auch nicht an Betriebsungen beteiligt, die geeignet sind, die Leistungen herunterzudrücken. Dazu, wie der Vollständigkeit halber erwähnt werden möge, infolge der planlosen schematischen Einführung des Abschundertages im Reichsbahnbetrieb eine ganz erhebliche Personal-Mehrbelastung stattgefunden hat, ist ersichtlich. Bedauerlich bleibt nur, daß die Gesamtleistungen trotz dieses Mehraufwandes an Personal zurückgegangen sind.

Diese Verhältnisse schreien geradezu nach Abhilfe. Eine solche Abhilfe ist selbstverständlich aber nur möglich, wenn nicht nur die leitenden Stellen den guten Willen zur Herbeiführung anderer Verhältnisse haben, sondern wenn auch alle in der Bahndirektion tätigen Kräfte bis herunter zum einfachen Streifenarbeiter von der Notwendigkeit der Herbeiführung anderer Verhältnisse durchdrungen sind und ihre Mithilfe hierbei nicht verweigern. Leider sind wir von einer solchen Einsicht, wie die Streikbewegung in West-Deutschland zeigt, noch sehr weit entfernt, und wenn die Reichsregierung und der Reichsverkehrsminister nicht sehr starke Nerven haben, um trotz des ihnen entgegengesetzten Widerstandes durchzutreten, so fürchten wir, daß auch die bestausgearbeiteten Pläne der in Berlin eingesetzten Kommission und aller mit dieser Frage amlich oder in anderer Form beschäftigten Persönlichkeiten nur theoretische Bedeutung behalten, in der Praxis aber die Mithilfe weiter bestehen bleiben, bis eben eines Tages der völlige Zusammenbruch sich einstellt.

Technisch liegen die Verhältnisse bei der Postverwaltung. Während die Eisenbahn sich jetzt wenigstens rühmen kann, an ihrer Spitze einen Mann zu haben, der auf Grund seiner früheren Tätigkeit als Chef des Reichseisenbahnoberfins etwas vor der Organisation, der er vorge stellt ist, versteht, kennt die Reichs postverwaltung zunächst daran, daß an ihrer Spitze ein Politiker steht, der die Hauptnotwendigkeiten des ihm unterstehenden technischen Betriebes auch nicht im entferntesten zu überblicken vermag, und soweit er von seinen sachlich besser unterrichteten Mit-

arbeitern entsprechend informiert wird, gerade in grundlegenden Fragen sehr häufig nicht die richtigen Entscheidungen treffen kann, weil er auf Grund seiner ganzen politischen Vergangenheit zu sehr ja schon gewöhnt ist, den Wünschen und Forderungen radikaler Kreise der Beamenschaft oder politischer Einflussgruppen auch dann nachzugeben, wenn es im Interesse des Allgemeinwohls und im Interesse des von ihm vertretenen Ressorts besser wäre, auch auf die Gefahr von Konflikten hin bei einem stark ablehnenden Standpunkt zu verharren. So nur erläutert es sich, wenn der Reichspostminister bei Ablegung eines Reichsstaatsberichtes in einer Reichstagssitzung über Missstände jammert, die sich aus der Beschäftigung einer zu großen Zahl wenig leistungsfähigen Ausbildungspersonals ergeben, während es doch seine Pflicht gewesen wäre, rechtzeitig für die Ausmerzung dieser Kräfte zu sorgen. Überhaupt scheint bei der Post fast mehr noch als bei anderen Organisationen der Weg ins Verderben vor allen Dingen dadurch angetreten und beschleunigt worden zu sein, daß man sich hat breitschlagen lassen, aus politischen Gründen und Rücksichten Beamte, die auf ihrem früheren Posten sehr tüchtig leisteten und gegen deren Charakter und Arbeitswilligkeit nicht das Geringste eingemessen werden soll, im Pausch und Bogen in höhere Stellen zu befördern, für die ihnen natürlich die entsprechende Vorbildung und, soweit dies erforderlich ist, auch die entsprechende manuelle Geschicklichkeit fehlt. So erklärt es sich dann von selbst, daß diese Leute, die an sich sicherlich den besten Willen haben werden, ihre Pflicht zu tun, zur Erfüllung ihrer Aufgaben die doppelte bis dreifache Zeit brauchen, während der frühere geschulte Mittelbeamte dieselbe Arbeit in viel kürzerer Zeit erledigen würde. So sehr man daher diesen Beamten die Beförderung als solche gönnen kann, so muß man doch, wenn man die Verhältnisse objektiv beurteilt will, einmal offen aussprechen, daß ein zum Postassistent und Postsekretär beförderter ehemaliger Briefträger natürlich niemals das leisten kann, was ein mittlerer Postbeamter der alten Schule aus diesem Posten geleistet hat. Man stelle sich beispielweise nur eine etwas komplizierte Rentenauszahlung vor, wo eine ganze Reihe wiederholt geänderte Bestimmungen zu berücksichtigen sind und man wird zugeben, daß schon allein die Aengstlichkeit des betreffenden Beamten, nicht falsch zu machen, ihn veranlassen wird, sämtliche Bestimmungen drei-, viermal durchzugehen, ehe die Auszahlung erfolgt, während der geschulte Beamte ohne weiteres nach kurzer Einschätzung die betreffende Angelegenheit erledigen könnte. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß früher die mittleren Postbeamten zu 90 Prozent die Berechtigung zum einjährigen Dienst, 3 Prozent das Naturus und 7 Prozent eine vom Einjährigen gleichwertige Schulbildung hatten. Außerdem wurden diese Kräfte im ganzen Deutschen Reich herumgeworfen, so daß sie die verschiedenen Verhältnisse kennen lernten und so ipso auf jedem Posten, auf dem sie, sei es auch vertretungsweise, gestellt wurden, flott arbeiten konnten, während die jetzt aus politischen Gründen in die gleichen Stellungen gerufenen früheren Unterbeamten, ohne daß ihnen daraus ein Vorwurf gemacht werden kann oder soll, sich häufig vor Aufgaben gestellt sehen, denen sie nicht oder nur unzureichend gewachsen sind, was ihrem Ansehen nicht förderlich ist. Denn jeder Mensch genießt die größte Hochachtung dann, wenn er eine Tätigkeit ausübt, die er wirklich beherrscht, auch wenn diese Tätigkeit untergeordnete Natur ist. Um aber das Kind noch zu vergrößern, schreibt man, wie uns mitgeteilt worden ist, vielfach noch dazu, den Stamm der nach früherem Muster ausgebildeten mittleren Beamten, für die nun andererseits Beförderungsmöglichkeiten nach oben nicht in ausreichendem Maße bestehen, mit untergeordneten Arbeiten zu beschäftigen und so Kräfte brach zu legen, die an den mit ungünstigen Kräften besetzten Posten nuzbringendere Arbeit leisten können. Es ist uns von einem seit etwa 25 Jahren im Dienst befindlichen, sachlich sehr ruhig urteilenden Postbeamten die Lage so geschildert worden, daß sie, auf ein industrielles Beispiel übertragen, etwas gekennzeichnet werden müsse mit dem Vergleich, daß der Prokurist einer Firma die Befreiung und der Gehilfe die Abteilungen leitet. Wenn dieser Vergleich vielleicht auch etwas trah ist, so kann man sich ungefähr, was bei einer solchen Kräfteverteilung in der Praxis herauskommt: und vor allen Dingen kann man daraus einen Schluss ziehen, wieviel mehr Kräfte und Mehrausgaben durch eine derartige Disposition entstehen. Hierzu kommt noch, daß nach den uns gewordenen Informationen die Ausbildungskosten, denen das Kranfengeld nicht abgesogen wird, von der Möglichkeit, durch Kranfengeld ihre Einnahmen zu verbessern, ausgiebig Gebrauch machen und dadurch den Postbetrieb ebenfalls ganz unverhältnismäßig hoch beladen.

Auf eine Reihe weiterer Mithilfe hier einzugehen, würde zu weit führen, zusammenfassend möchten wir aber noch zum Ausdruck bringen, daß eine Besserung der Verhältnisse im Postbetrieb nur möglich ist, wenn an die Spitze dieses Betriebes eine politisch unabhängige, den Betrieb selbst einigermaßen kennende, Autorität fordende und Autorität erwartende Persönlichkeit gesetzt wird, die es versteht, mit den von dem Minister Gesetzert in einem langen Klagespiel bedauern, aber von ihm leider nicht befriedigten Mithilfe wirtschaftlich auszulehnen, und wenn diese Persönlichkeit vor allen Dingen darauf hinweist, daß die an sich im allgemeinen gewiß auch heute noch sehr wichtigen und zuverlässigen Beamten der Postverwaltung an dem richtigen Platze Verwendung finden, d. h. daß der Kern der mittleren Postbeamten (Postassistent bis Oberpostsekretär) wirtschaftlich im Betriebsdienst tätig ist und daß man die untenen Beamten, die an ihrem

Platz ebenfalls Gutes leisten, dort beläßt und nicht aus Populäritätsbereitschaft und Konzessionspolitik heraus ihnen Mithilfe und Amtserüchtigungen, die sie vielfach beim besten Willen nicht ausfüllen können. Die überflüssigen Ausbildungskräfte aber müssen anderen Tätigkeiten zugeführt werden, denn ein rationaler Betrieb besteht nicht darin, möglichst viele Kräfte zu beschäftigen, sondern sich mit einer relativ geringeren Zahl besonders leistungsfähiger und gut besoldeter Kräfte zu begnügen.

So wie die Verhältnisse jetzt liegen, geht es jedenfalls nicht weiter. Diese Empfindung haben auch die Postbeamten selbst, denen daran liegt, daß der Auf der Reichspostverwaltung wieder auf seine frühere Höhe kommt, und sie sind ebenso wie andere Bevölkerungsschichten überzeugt, daß die Mittel, die der Postbetrieb in seiner jetzigen Form jahrs jahrs, jahrs verschlingen müssen, durch Gebühren erhöhung auf die Dauer nicht ausgebracht werden können, weil natürlich die Gebühren erhöhung zu weitgehender Einschränkung der Nutzung des Postbetriebes führt und letzten Endes ebenfalls die Rentabilität des Postbetriebes zerstören muß. Kein Mensch wird, ob es sich um Eisenbahn oder Post handelt, aus Prinzip die Entstaatlichung dieser Organisation fordern; jeder, dem eine endliche Befreiung der allgemeinen Verhältnisse am Herzen liegt, wird aber mit allen Kräften dafür eintreten müssen, daß eine Änderung der jetzigen Organisation in die Wege geleitet wird und daß, ganz gleich, wie die Verwaltung dieser Betriebe gehandelt wird, in Zukunft eine Garantie dafür besteht, daß diese Unternehmen wirtschaftlicher arbeiten als bisher. Wir sind davon überzeugt, daß ein Zurückdringen dieser Institutionen auf ihre glänzenden früheren Verhältnisse sowohl in bezug auf die finanziellen Ergebnisse, als auch in bezug auf die Qualität der Leistungen nicht so schnell zu erreichen ist. Ebenso bestimmt kann man aber behaupten, daß eine wesentliche Besserung in den Verhältnissen sich sehr wohl bei richtigen und energisch durchgeführten Maßnahmen erreichen läßt, und da die Möglichkeit hierzu unbedingt vorhanden ist, so ist es die Pflicht der maßgebenden Stellen, insbesondere auch des Reichstages, für die Errichtung dieses Ziels zu sorgen. Die bisher vom Reichstag nach dieser Richtung hin gestellten Anträge schließen uns allerdings noch nicht ausreichend zu sein, sondern wir sind der Meinung, daß auch vom Reichstag hier einmal etwas deutlicher gesprochen werden muß und daß vor allen Dingen auch die Parteien des Reichstages, die aus Rücksicht auf ihre etwas radikaler angebauchten, die Betrieben nahestehenden Parteianhänger davor zurücktreten, durchgreifende Maßnahmen zu fordern, endlich einmal einschauen, daß in diesen Fragen höhere Werte als Parteiinteressen auf dem Spiele stehen und daß sie auf die Dauer auch das Ansehen ihrer eigenen Partei schädigen, wenn sie einer Mächtigkeit weiter tapferlos zusieben, die von seinem an dem Gesamtwohl des deutschen Volkes interessierten Politiker auch nur einen Tag länger geduldet werden darf.

Politische Nachrichten.

Berufung Dr. v. Brandis in das Reichsfinanzministerium.

Köln, 2. Januar. Ministerialdirektor Dr. v. Brandt, der seit Beitreten des Reichskommissariats für die besetzten westlichen Gebiete bei dieser Behörde als Ministerialdirektor und Vertreter des Reichskommissars tätig ist, wurde in das Reichsfinanzministerium berufen. Er übernimmt als Ministerialdirektor die Abteilung des Staatssekretärs Dr. Gisiger, der den Posten in der Kriegslastenkommission in Paris übernommen hat.

Vor der Konferenz in Cannes.

Berlin, 2. Januar. Aus Rom lädt sich die "Nationalzeitung" über den letzten österreichischen Ministerrat melden, daß in diesem der Außenminister Bonomi förmlich bestätigte, daß er sich zu einer persönlichen Aktion in Cannes rüte. Es werden weniger österreichische Seiten bezweifelt, daß Italien im Gegegensatz zu seiner Stellungnahme in der österreichischen Angelegenheit mit resolutem Nachdruck eine für Deutschland erträgliche Lösung der bestehenden Probleme erzielt. In Rom glaubt man zu wissen, daß Ministerpräsident Bonomi aus der bisherigen Reserve in Cannes gegebenenfalls energetisch hervortreten wird. Bonomis Auftreten in Cannes dürfte das erste sichtbare Zeichen dafür sein, daß Italien die Wege des Grafen Fosca verläßt, und das aus Selbstbehauptungslösung.

Rom, 2. Januar. "Tempo" drückt die allgemeine Auffassung Italiens von Frankreichs Verantwortung an einem eventuellen Scheitern der Washingtoner Konferenz mit folgenden Sätzen aus: Frankreich verhindert durch sein Flottenprogramm die Verstärkung und den Wiederaufbau Europas und lädt sich eine durchbare Verantwortung auf. Durch Frankreichs Schuld ist nun mehr auch die Abrüstung zu Ende gebracht und es beginnt ein Wettrennen stärker als je zuvor. Frankreich mag wissen, daß niemand ihm folgt, daß vielmehr alle gegen es stehen. Wie England erkennt auch Italien klar seine Verantwortung vor der Geschichte, doch kann es auf das Recht der Selbstverteidigung nicht verzichten.

2,6 Milliarden für die Entente-Küste.

Die von der Entente überreichte Schätzungsauflösung für die Monate Oktober, November und Dezember, abschließend mit dem 30. Dezember, beträgt 2,6 Milliarden Mark. Davon entfallen auf Unterbringung der Überwachungsbausätze in ihren Standorten 2,3 Milliarden Mark.

Das sächsische Wirtschaftsministerium neuerdings die Kreisbauprämienkassen wieder auf die Verordnung des Ministeriums des Innern, Bandeswohnungsamt, vom 7. September 1921 hinzuwiesen, wonach in Dresden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Verwendung von Fremdenbösen zu anderen Zwecken als denen des Hochbetriebes, insbesondere zu Gewerbs- und Betriebszwecken der Gemeinwaltung der Gemeindeaufsichtsbehörde bedarf. Auf Grund dieser Verordnung kann also, wie der Bezirkshauptmann des Kleinhandels von Dresden und Umgebung uns mitteilt, auch die Aufstellung von Handverlagnen in Fremdenbösen verboten werden. Das Ministerium erklärt das von dieser Möglichkeit, dem Überbewohner des Banderholgerbetriebe entgegenzutreten, die Gemeindeaufsichtsbehörden nachdrücklich Gebrauch zu machen haben werden.

* Gefahren für Automobile. Das Bewegen vorüberfahrender Automobile mit Sirenen hat sich in einzelnen Gegenden zu einer förmlichen Pandemie entwickelt. Die Zahl derjenigen Deutschen, die heutzutage noch im Auto zu ihrem Vergnügungen spazieren können, ist verhältnismäßig nicht sehr groß. Die meisten fahren werden aus dringenden dienstlichen oder geschäftlichen Gründen unternommen. Man denkt an Beamte, an Ärzte, an Kaufleute und Peiner größerer getrennt liegender Betriebe und die für bestehende Notwendigkeit beruflicher Fahrten durch solche Steinwürfe können, abgesehen von kostspieligen Materialschäden, schwerste Verletzungen der Insassen der Autos hervorgerufen werden. Ein ungünstiger Wurf, der den Chauffeur trifft, kann einen Fehler beim Steuern des Autos und damit den Tod seiner sämtlichen Insassen verursachen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Behörden nunmehr aufs schärfste gegen den Missbrauch dieser Steinwürfe einstreiten werden. Aber auch wir richten an unsere Leser die Bitte, wo sie solche Fälle beobachten, ihnen nachdrücklich entgegenzutreten und vor allem auch die Miete einer Anzeige bei den Behörden nicht zu scheuen.

* 135480 Mark für eine Seereise. Neben die Steigerung der Passagierpreise nach dem Auslande hat das Staatsliche Reichsamt eine lehrreiche Auseinandersetzung gemacht. Von Hamburg nach New York kostete es 1914 in den vier Klassen 160, 180, 220 und 350 M. Im August 1921 waren diese Preise auf 10 117, 10 960, 12 647, 18 480 M. gestiegen. Bis zum November stiegen sie weiter auf das Doppelte bis Dreifache, auf 26 902, 34 220, 39 485, 57 911 M. Verhältnismäßig „billig“ fährt man nach Südamerika. Nach Buenos-Aires kostete es in den drei Klassen 140, 180 und 650 M., im August 1921 5000, 18 000 und 22 000 Mark, im November dagegen 15 632, 48 981 und 72 950 M. Von Hamburg nach Kapstadt konnte man eine Reise für 250, 500 und 750 M. machen, im November 1921 mußte man dafür 26 064, 48 981 und 64 718 M. anlegen; von Triest nach Bombay gar 66 698 und 77 119 M., nach Hongkong 41 686 und 109 726 M. Von Bremen nach Yokohama kostete es nicht weniger als 102 131 und 135 480 M. Von Stettin nach Kopenhagen konnte man einst für 10 M. fahren, jetzt beträgt der Windfuhrpreis 485 M. Man kann aber auch 728 und 1213 M. dafür anlegen.

Dresden.

Die Einweihung der neu gewählten Stadtvertreter findet am Donnerstag abends 7 Uhr im Sitzungssaal der Stadtverordneten statt.

* Lichtbild in der Kirche. In der Stiftskirche (Kirche am Stübelplatz) wird die Bezirksfeier des Deutschen Gutsmeier-Ordens Sonntag, den 15. Januar, 6 Uhr abends in einer Weihnachtsfeier die Weihnachtsgeschichte im Lichtbild, in der Dicht- und Lektüre darstellen. Bilder von Corregio, Murillo, von Dürer, Albrecht Dürer, Udo u. a. aus Schäfer werden zeigen, wie verschieden sich das Erlebnis des Weihnachtsmysteriums in den Künstlers Seele wiederholt und zusammen mit Bibelwort, Didaktik und Musik religiöses Erleben vertiefen helfen. Der Chor wird von Mitgliedern des Verschöhnungskirchenchores (Zeitung Kantor Alfred Stier) gestellt, der auch bei der vorjährigen Weihnachtsfeier mitwirkte, die in der Blaueker Kirche in der gleichen Weise stattfand und nach dem Urteil der Tagesschreiber tiefen Eindruck hinterließ.

* Aus dem Erträgnis einer Sammlung der Kinder-Perus zu Gunsten der darbenden und kranken Kinder in Deutschland und Österreich sind Oberbürgermeister Blüher durch die Deutsche Gesellschaft in Lima (Peru) 100 000 M. für die notleidende Jugend in Sachen übermittelt worden. Davor sind in Übereinstimmung mit dem Landeskant für Wohlfahrtspflege je 35 000 M. an die Städte Dresden und Leipzig, 20 000 Mark an die Stadt Chemnitz, 6000 Mark an die Stadt Plauen und 4000 Mark an die Stadt Zwickau überwiesen worden. Die Spende zur Beschaffung von Wäsche und Bekleidungsstücken Verwendung finden.

* Eine Geschäftsstelle für gute Jugendliteratur hat der Rat zu Dresden eingerichtet, die dem Schulunterricht ist und vom Jugendchristenrausch des Dresdner Lehrervereins verwaltet wird. Sie befindet sich in der 18. Volksschule (Dresden-R., Marienstraße 35) und ist mit Ausnahme der Ferien Dienstags von 11–1 Uhr geöffnet. Es können dort die meistens der von den Jugendchristenräuchern empfohlenen Bücher, die jeweils im Handel vor kommenden Schuh- und Kitschfest und die zum Kampf gegen den Schuh geflossenen billigen Heften eingesehen werden. Die Geschäftsstelle ist zunächst zur Beratung für Lehrer, Elternräte und Schreibwarenhändler bestimmt, aber auch für jedermann zu der angegebenen Zeit zugängig.

* Den Verkehr mit Kohle im Januar betrifft eine Bekanntmachung des Rates zu Dresden im heutigen amtlichen Teil, und machen wir Interessenten ganz besonders darauf aufmerksam.

* Erfolgreiches Ehepaar. Am Montag morgen wurde in einer Wohnung des Hauses Louisenstraße 81 ein dort zu Besuch weilendes Ehepaar mit Leuchtgas beläuft aufgefunden. Der 54 Jahre alte Mann wurde in 15 Minuten und die 48jährige Frau nach 25 Minuten durch Inhalieren mit Sauerstoff wieder zur Besinnung gebracht. Die von auswärts zugezogenen Leute hatten mit der Regulierung der Gasbähne bei der Lampe nicht Vorsicht gewußt.

* Schwere Unfälle. Bei einem Sturz auf der Treppe in einem Hause der Penziner Straße erlitt ein 46 Jahre alter Geschäftsführer E. G. einen Schenkel- und Knöchelbruch und wurde mit Unfallwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt. Ferner stürzte auf der Bodenbacher Straße ein in der Rähnitzgasse wohnhafter 40 Jahre alter Amtssch. B. B. vom Bod seines Geschäftes und geriet unter die Räder seines Wagens, die über seinen Leib hinwegrollten. Der bestinnunglose Mann erlitt schwere innere Verletzungen und wurde nach dem Krankenhaus Johannstadt übergeführt.

Blasewitz.

* Verleihung. Die Deutsche Ehrendenkmünze des Weltkrieges am schwarzweißroten Bande mit Eichenzweig und Schwert ist Ingenieur Wilhelm Sellier in Dresden verliehen worden. Die Eltern des Ausgezeichneten wohnen hier in Blasewitz.

* Bezirksgruppe Blasewitz des Deutschen nationalen Jugendbundes. Wie schon im vorigen Jahre trat auch diesmal wieder die nationale Jugend von Blasewitz mit einer Weihnachtsaufführung an die Öffentlichkeit. Wer die Darbietungen, von denen vor allem das wohlgefugene Märchenstück „Der deutsche Wald“ zu erwähnen ist, gesehen hat, der

wird offen zugeben, daß diese kleine, aber wadete Schau vollaus gehalten hat, was sie vor einem Jahr vertrug. Der schöne Erfolg (Kettentrag 300 M.) ist vor allem der unschönen Zeitung des fehlenden Führers Hans-Joachim Hesse zu danken. Von dem Kettenzug wurde am 23. Dezember eine Weihnachtsbeschreibung für 40 arme Kinder veranlaßt. Die Feier wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Stud. theol. Kibor, der in schlichter, aber eindringlicher Weise den Kindern die Bedeutung des Weihnachtstages nahebrachte. Dann wurden die Kinder in ihren Geschenken geführt, die aus drei langen Taseln unter einem strahlenden Christbaum ausgetragen lagen und bei denen man nach Möglichkeit die Wünsche jedes einzelnen berücksichtigt hatte. Vor allem verdient es Anerkennung, daß hier deutsche Jugend aus eigenem Antrieb und aus eigener Kraft armen Kindern eine Weihnachtsfreude bereitet hat.

* Hühnerliebhaber stahlen in vergangener Nacht aus dem Grundstück Marschallallee 27 sieben Hühner. Von den diebischen Feindschwestern fehlt bisher jede Spur.

Bühlau.

* Als rücksäßiger Dieb stand der 23 Jahre alte, aus Bühlau gebürtige Schmied Arthur Paul Rafe vor dem Dresdner Schöffengericht. Der Angeklagte hatte Anfang Januar vorigen Jahres in Radeberg in der Wohnung einer Schmiedefrau Schränke erbrochen und daraus wertvolle Kleidungsstücke und andere Sachen, und zu gleicher Zeit vor dem Bahnhofe in Radeberg einen Handwagen gestohlen. Die Diebesbeute kam teilweise in Bühlau und in der Dresdner Centraltherberge zum Verkauf. Am 22. November wurde Rafe in Lauban wegen Rückfallstahlthals zu einem Jahr Justizhaus verurteilt, er verbüßt diese Strafe zurzeit in Görlitz. Das Dresdner Schöffengericht erhöhte die Justizhausstrafe auf nunmehr ein Jahr acht Monate.

Helfenberg.

* Die Ehem. Fabrik Helfenberg A.-G. vorm. Eugen Dietrich hat in ihrer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft n. a. um 4 500 000 M. durch Ausgabe von 4500 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien über je 1000 M. unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsbereichs der Aktionäre zu erhöhen. Die neuen Stammaktien sind vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt. Die neuen Stammaktien sind von dem Bankhaus Bassegny und Fröhlich in Dresden übernommen worden mit der Verpflichtung, hier von einem Teilbetrag von 3 600 000 M. den seitherigen Aktionären zum Kurs von 138 Prozent vergestalt zum Bezug anzubieten, daß auf je eine alte Stammaktie zwei neue Stammaktien bezogen werden können.

Klotzsche.

* Protestversammlung gegen die Ortsklasseneinstufung. Das bietige Ortsamt des deutschen Beamtenbundes veranstaltete eine Protestversammlung gegen die ungeheure Einstufung der Gemeinde Klotzsche in das Ortsklassenverzeichnis. Der Vorstehende gab einen kurzen Bericht über alle im Interesse einer gerechten Einstufung bisher unternommenen Schritte. Erstrebzt war man vernehmen zu müssen, daß keine berechtigten, inoffiziellen Gründe, sondern nur der Gedanke, für die große Anzahl der mit der Ortsklasse A bedachten Vororte im Westen Dresdens (bis zu 10 Kilometer Entfernung) im Osten Dresdens einen Ausgleich zu schaffen, für die tiefe Einstufung der östlichen Vorortsgemeinden maßgebend gewesen ist. Das Ortsamt vertrat, beauftragt einen Ausdruck, sofort alles zu unternehmen, um eine Befreiung dieses offenkundigen Unrechtes zu erwirken, insbesondere forderte es noch wie vor die Einweisung des Bilewitzortes Klotzsche in die Ortsklasse A.

Leipzig.

* Durch das Umwerfen einer Petroleumlampe gerieten am Montag nachmittag in einer Kellerwohnung des Grundstücks Leutewitzer Straße 17 hier selbst die Betteln und Bettstellen in Brand. Das Unheil wurde, während Vater und Mutter ihrer Beschäftigung nachgegangen waren, von Kindern angerichtet. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand schon gelöscht.

Görlitz.

* Eine neue Mittwochberatungsschule an Stelle der mit den Eingemeindungen in die Hände der Stadt Dresden übergegangenen Parochialen des Dresdner Bezirks eröffnet das Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt nächsten Mittwoch, nachmittags 3 Uhr im 1. Stock der von der Gemeinde Görlitzbauisch errichteten „Alten Kapelle“, zu der ein äußerst deukiger Gangsweg geschaffen worden ist. Die Beratungsschulen finden dort vom 4. Januar ab alle 14 Tage — Mittwoch nachmittag von 3–4 Uhr — unter Leitung des Bezirksschulgeorgs Dr. med. Jacob statt. Bettler und Pflegemütter aus Görlitz und den umliegenden Ortschaften können sich dort unentgeltlich ärztlichen Rat über Pflege und Ernährung der Säuglinge und Kleinkinder holen. Eine Behandlung erfordert Kinder findet nicht statt, vielmehr wird diese den Orts- bzw. Hauptärzten überlassen.

Heidenau.

* Die Frage des Vorstandswechsels in Heidenau ist noch nicht völlig geklärt. Wohl hat der Gemeindevorstand Binnewerg mit dem 31. Dezember 1921 als erledigt angesehen und die Amtszeit des neuen Gemeindevorstandes Menke ab 1. Januar gebe. Es ist jedoch noch zu entscheiden, ob die Berufung des Gemeindevorstandes Binnewerg zum Leiter des durch die Verschmelzung der Gemeinden Röhrsdorf und Gömmern geschaffenen neuen Gemeinwesens als Neuwahl anzusehen ist oder nicht. Gilt diese Berufung als Neuwahl, so hätte Gemeindevorstand Binnewerg noch bis 31. März 1922 zu amtieren. Ist die in dem Verschmelzungsgesetz enthaltene Bestimmung, daß mit Übernahme der Verwaltung des neuen Heidenau nur die für die ehemalige Gemeinde Heidenau gültige Wahlperiode weiterlese, rechtlich haltbar, dann würde der Beschluss des Gemeindevorstandes hinsichtlich der Amtszeiten durchführbar sein. Die Angelegenheit unterliegt gegenwärtig der Prüfung durch das Ministerium, das demnächst eine Entscheidung treffen dürfte.

Großluga.

* Baumstrevler. Der bietige Gemeinderat lobt durch Auflösung 300 M. aus, die demjenigen ausfallen sollen, der zweckdienliche Angaben darüber machen kann, wer fortgesetzt die neuangestanzten Strohendäume der Gemeinde beschädigt und abbricht. Hoffentlich gelingt es, dieser finstrosen und gemeinhin lästigen Verstüttungswut nunmehr auf die Spur zu kommen.

Pirna.

* Die verlorenen Bretter. Am Neujahrstage früh fielen von einem Güterzug auf der Arnsdorfer Linie in der Nähe der Brücke etwa 20 Stück 2½ Meter lange Bretter. Die Bretter wurden von Unbekannten aufgehoben und fortgeschafft. Es handelt sich, da eine Anzeige von den beteiligten Personen nicht gemacht worden ist, um Fundunterschlagung. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Sednitz.

* Hochwasser herrschte hier am Neujahrstag. Der Schwellbach ist überall weit über seine Ufer getreten. Die Keller verschiedener Häuser sind mit Wasser gefüllt. Im Ortsteil Hainersdorf sind die Weizen weithin überwuchert. Gegen 10 Uhr vormittags war bereits ein Rückgang des Wasserstandes um 40 Zentimeter festzustellen. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Mohorn. Die ehemaligen Silberwerke „Grafendorf Mohorn“ sind für den Preis von 175 000 M. an einen belgischen Rechtsanwalt verkauft worden.

Rödern. Glodenweiche. Die Kirchengemeinde Rödern bei Radeburg konnte mit einer schönen Feier das alte Jahr abschließen. Am 31. Dezember 1921 vormittags 10 Uhr stand dafelbst die Weihe der neuen Gloden statt. Eine davon hat die Gemeinde selbst beschafft. Zwei Gloden sind ihr freundlich geschenkt worden.

Großenhain. Bedürftige Bettler. Es ist in letzter Zeit vielfach wahrgenommen worden, daß Leute um wilde Gaben anzuregen und ihnen u. a. auf ihr bitten gebrachte Kleidungsstücke gegeben werden. So erhielt erst jetzt ein 20jähriger Bettler aus einem Nachbardorf ein Paar Hosen, die er, wie er vorgab, dringend gebraucht. Der Bettler hatte aber nichts eiligeres zu tun, als die Hosen beim nächsten Fleischerhändler für 5 M. zu verkaufen. Das Geld hat er für Zigaretten und ähnliches verwendet. Bettler Cigaretten eines Bettlers wollte man daher diesen an Sadan nichts mehr verabreichen, sondern lehnte lieber den Bettlerstellen übergeben, die die rechte Beweisung dafür haben.

Großenhain. Durch Einbruch in eine an der Schenkenstraße liegende Scheune wurden fünfzig mal nichts einem bietigen Wandwirt zwei Sadan Hosen im Gesamtwert von 500 M. gestohlen. Die Ermittlungen nach dem Diebe sind im Gange.

Weinböhla. Schlagende Bettler in einem Tonhöhl. In einem Tonhöhl der Firma Röhrle in Weinböhla stießen am Freitag abend in der elisen Stunde die im Steigerhöhl beobachteten Arbeiter auf schlagende Bettler. Es erfolgte eine Explosion, bei der ein Arbeiter Verbrennungen davontrug. Der Verletzte konnte sich in seine Wohnung und später in Sicherheit bringen. Zu Weinböhla befindliche Gerüchte von schweren Verletzungen der zur Zeit der Explosion im Schacht gewesenen Arbeiter beweisen sich, wie uns von der Firma mitgeteilt wird, nicht.

Von der alten Brücke in die Elbe gesprungen. Am 1. Januar vormittags gegen 5½ Uhr ist von der alten Brücke aus ein Unbekannter, vermutlich in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, in die Elbe geworfen. Er ist etwa 50 Meter unterhalb der Elbbrücke im Strom untergegangen und ertrunken, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte. Der Unbekannte ist etwa 25 Jahre alt, ungefähr 1,70 Meter groß und von kräftiger Gestalt. Er hat lilagraue Haare getragen. Mitteilungen über die Person des Unbekannten und die Auffindung der Leiche werden an die Polizei erbetten.

Wischau. Hochwasser. Hochwasser ist hier an verzeichneten. Veranlaßt durch das leichte Regenwetter und die dadurch bedingte Schneeschmelze ist die Weite ober- und unterhalb unserer Stadt über ihre Ufer getreten. Nahezu die Wiesen hinter dem Stadtbad gleichen einem einzigen großen See, worin nur noch die Spuren der Ufersträucher zu erkennen sind. Da vom Überlande neuer Zulauf kommt, so ist mit einem weiteren Steigen des Hochwassers zu rechnen. Auch an den Feldern, Gärten usw. wurde durch Weichgewässer und die fruchtbaren Ackerböden viel Schaden verursacht.

Löbau. Schuhladen schluß. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, Kohle zu sparen, hat der Stadtrat angeordnet, daß alle öffnen Ladengeschäfte, mit Ausnahme derjenigen, bei denen Lebensmittel verkaufen werden, vom 1. Januar bis 28. Februar abends 6 Uhr zu schließen sind.

Nossen. Schadenfeuer. In Nossen brannte die Scheune des Gutsbesitzers Paul Leuthert nieder. Der Betreiber kam gerade von einer Stadtfahrt zurück, als er aus der Scheune Rauch aufsteigen sah. Er schlug sofort Alarm. Die Scheune brannte vollständig nieder. Das ungedrohene Feuer ist mit verbrannt, doch konnten die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte gerettet werden. Die Entzündungsursache ist unbekannt.

Niebu. Durch einen Glodenfeuerkettenschießen weiste unsere Stadt am Neujahrsmorgen ihre neuen Gloden ein, die über Erwartung gut gelungen sind und gut mit der noch vorhandenen kleinen Bronzeglöde zusammenstimmen. — Beförderung. Herr Steuerrat Bobert Vorstand des Finanzamtes Niels, ist zum Rentenrat befördert worden.

Panschwitz. Amtssubstüm. Auf einejährige Tätigkeit als Vorstand der Gemeinde blieb am Neujahrsdienstag Herr Hempel zurück.

Görlitz. Dieben drangen in der Nacht zum Sonnabend in das Gehöft von Oskar Kühne ein und entwendeten Kleidungsstücke, Zigarren und Zigaretten im Wert von einem Tausend Mark. Sie waren mittels Peitern, die sie sich von wo anders geholt hatten, eingetragen. Von den Tätern steht bis jetzt jede Spur.

Grimma. Fallende Butterpreise. Der lebhafteste Wochenmarkt brachte noch einen für unsere Hausfrauen erfreulichen Rückgang der Butterpreise. Dem Angestellten entzog nicht die Nachfrage, so daß ein Rückgang von etwa 5 M. für das Stückchen eintrat. Es blieb noch überstände liegen haben.

Leisnig. Endlich wieder da. Nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft heimgekehrt ist am 2. Weihnachtstag der Sohn der Frau verw. Bertha Hofmann aus Schlossberg. Herr Hofmann ist mit 12 Komododen seit Ende August aus der Kriegsleiter zwischen Ost und Semipalatinsk (Mittel-Asien) unterwegs gewesen und hat die weite Reise teils zu Fuß, per Wagen, Bahn und von Petersburg aus mit Schiff geführt überstanden. Es befinden sich noch immer Kriegsgefangene in Sibirien, die einzeln oder in kleinen Gruppen die Heimat zu erreichen suchen.

Pegau. Stadtverordnetenbeschuß. Am 30. Dezember besprach die Stadtverordnetenversammlung die erfolgte Bestrafung des Bürgermeisters Roemann wegen Sachbeschädigung durch das Chemnitzer Schöffengericht. Gegen die 2 Stimmen der kommunistischen Fraktion wurde beschlossen, eine Stellung zu nehmen nach rechtstädtigem Abwinken des Verfahrens. Der Rat hatte in einer vorhergehenden Sitzung einstimmig beschlossen, daß dem Bürgermeister bis zur endgültigen Erledigung das Vertrauen nicht abzugeschenken sei.

Weitere Sächsische Nachrichten siehe Beilage.

Amtlicher Teil.

Verkehr mit Kohle im Januar.

Auftrag § 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenamtes vom 30. Dezember 1920 über die Brennstoffverförderung der Haushaltungen usw. wird folgendes angeordnet:

§ 1. Belieferung der Kohlenkarten.

- I. Neu freigegeben werden für Januar auf die Kohlenkarten der 18. Reihe
2. Oktotiter auf die vollen Grundkarten (Abschnitte 17—24)
- 1/2 Oktotiter auf die gefüllten Grundkarten (Abschnitte 18—19),
- 1/2 Oktotiter auf die Untermieterkarten (Abschnitte 5 u. 6) und
- 1/2 Oktotiter auf die Gaszuschlagskarten (Abschnitte 7 u. 8).

- II. Ferner dürfen im Januar auf die Kohlenkarten der 18. Reihe beliefern werden die noch unbelieferten Abschnitte 1—16 der vollen Grundkarten,
- 1—12 der gefüllten Grundkarten,
- 1—4 der Untermieterkarten und
- 1—6 der Gaszuschlagskarten.

- III. Die Abgabe der noch § 1 lieferbaren Mengen an den Verbraucher auf einmal ist dem einzelnen Händler nur insofern gestattet, als er aus seinen Ernährungen und Bedürfnissen die Abholer kleinerer Mengen und seine Handelsfunktion laufend befriedigen kann.

§ 2. Belieferung der Bezugsscheine.

- I. Auf die Bevorzugungsscheine darf nur die auf Monat Januar entfallende Menge Betriebskohle geliefert werden;

wo dies bereits geschehen ist, ist jede weitere Belieferung im Januar verboten. Dies gilt auch von solchen Scheinen, die den Stempelaufdruck „Sohortige Belieferung der Schammeuse zulässig“ tragen.

II. Auf die weißen A- und grünen B-Bezugsscheine darf nur 1 Monatsmenge Betriebskohle geliefert werden. Die Abgabe von Heizkohle ist verboten.

III. Ausnahmen, auch hinsichtlich der Heizkohle, sind nur statthaft bei den Bezugsscheinhabern der Behörden, Krankenhäusern, Kirchen, Arzts, Apotheker, Handelsgästen und Gärtner.

IV. Die für Dezember freigegebenen Bezugsscheinmengen sind mit dem 31. Dezember verfallen. Ihre Nachlieferung ist streng verboten.

§ 3. Über die Lieferungen in die besitzbaren Amtshauptmannschaften und wegen einer Zwiderhandlungen gelten die §§ 4 und 5 der Ratsbekanntmachung vom 28. November 1921.

Dresden, den 2. Januar 1922.

(107+)

Der Rat zu Dresden.

Das Wasseramt für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt lebt sich für die Jahre 1922—1927 zusammen aus:

dem jeweiligen Amtshauptmann von Dresden-Alstadt oder seinem Stellvertreter.

dem jeweiligen Vorstande des Straßen- und Wasseramtes Dresden II oder seinem Stellvertreter, Herrn Baumeister Knebel in Kreuz (Stellvertreter: Oberstadtrat Vogel in Tharandt), Herrn Bürgermeister Meier in Radebeul (Stellvertreter: Herr Bühlendorff-Wolff in Kleinlößnitz), Herr Bühlendorff-Kurt Weisbold in Freital (Stellvertreter: Herr Bühlendorff-Georg Räger in Loschwitz).

Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt,

am 1. Januar 1922. 81987.

106+

am 1. Januar 1922. 81987.

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

228

229

230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

Die Stärkung der industriellen Organisation.

D. J.-C. Das Archiv für Handel und Gewerbe weist in einer seiner letzten Nummern auf die Opferfreudigkeit der Arbeitnehmer hin, wenn es gilt, die Kosten ihrer Interessen-Berretzung, der Gewerkschaften, zu stärken und leistungsfähig zu erhalten. Er führt als Beispiel die Beiträge, die im Jahre 1920, also vor den starken Rüttelungen des letzten Jahres gezahlt worden sind, an. Aus der Aufstellung geht hervor, daß die Arbeiter in den verschiedensten Industrie- und Gewerbezweigen, wie die Buchdrucker, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter allein an die Kassen ihrer Gewerkschaften Jahresbeiträge gezahlt haben, die ein Viertel bis die Hälfte eines monatlichen Lohnes ausmachen. Bei der Aufstellung sind die Sonderbeiträge für örtliche Kosten und dergleichen noch nicht einmal mit enthalten, auch diejenigen Beiträge nicht, die von den Mitgliedern in Form von Kampfsfonds-Beiträgen erhoben wurden.

In Kreisen der Industrie findet man demgegenüber vielfach eine gewisse Verbandsmüdigkeit, die zum Teil durch die starke Finanzprägnanz der Unternehmer infolge der schwierigen Konjunktur veranlaßt wird. Zum Teil wird die sogenannte Verbandsmüdigkeit auch dadurch veranlaßt, daß sich im Laufe des letzten Jahres die Industrie-Organisationen gebaut haben, und der einzelne Industrielle über die Notwendigkeit, das Arbeitsgebiet und die Arbeitsabgrenzung der einzelnen vielfach nicht genügend unterrichtet ist. Er rechnet in solchen Fällen die Beiträge, die er an Verbände zahlt, in seinem Etat schlichtweg zusammen und erscheint ihm der Endbetrag zu hoch, fügt er nach mehr oder weniger willkürlichen Gesichtspunkten die einzelnen Posten.

Es ist unnötig sich darüber ausführlich auszusprechen, daß zahlreiche Organisationen, die sich im Laufe der letzten Jahre gebildet haben, in der bisherigen Form nur zum Teil Erfolgserreichung haben, und notgedrungen in vielen Fällen eine Rendierung oder Zusammenlegung werden erfahren müssen.

Bei der Kompliziertheit unseres Wirtschaftslebens wird jedoch nur die allmähliche Entwicklung eine Klärung darüber schaffen können, was an Verbänden unbedingt bleiben muß und was evtl. einen gewissen Umbau erfahren kann. Eine tätige Mitarbeit aller Unternehmertypen ist zu dieser Klärung unabdinglich notwendig. Nicht der einzelne Unternehmer, sondern der Verband der Unternehmungen ist die Keimzelle für unsere wirtschaftliche Gesetzgebung, ist der kleine Faktor, das kleinste Glied in der Front wirtschaftlicher Kämpfe.

Ohne einen Anschluß an die einschlägigen Organisationen ist eine Mitwirkung an der Gesetzgebung, ist eine Teilnahme an dem Wirtschaftskampf aussichtslos, die Ausschaltung davon gerade verhängnisvoll für die Industrie. Das haben die Arbeitnehmer in Deutschland längst begriffen, längst ist ihnen der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Besteuerung durch ihre Selbstverwaltungskörper und ihre wirtschaftlichen Erfolge in Fleisch und Blut übergegangen. Unsere Arbeitgeber können sich kein besseres Beispiel nehmen als den Arbeitnehmer, wenn es sich um politische Geltendmachung ihrer Forderungen handelt, vor allem auch um eine Finanzierung ihrer Wünsche, denn darum handelt es sich letzten Endes bei der finanziellen Stützung der Organisationen.

Bon dem ungeheuren Anwachsen des Mitglieder- und Vermögensbestandes der Gewerkschaften geben die für 1920 erschienenen Zahlen ein treffliches Bild. Die Gesamtmitgliederzahl der Arbeitnehmergewerkschaften aller drei Richtungen (freie, christliche und hirsch-Dunkerische) betrug 1920 9 192 892 gegen 6 527 187 im Jahre 1919. Die Gemeinnahmen aller dieser Organisationen werden mit über 844 Millionen Mark und ihre Ausgaben mit über 616 Millionen Mark angegeben. Der Vermögensbestand belief sich im Jahre 1921 auf über 316 Millionen Mark, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in dieser Summe u. a. der Haushalt des Metallarbeiterverbandes nicht mit enthalten ist. Bei Betrachtung dieser Zahlen muß man sich vergegenwärtigen, daß sie infolge der gefühlten Raufraum und der entsprechend gestiegene Zölle sich im Laufe des letzten Jahres noch wesentlich erhöht haben werden. Das ist das Große an unserer modernen Arbeiterschaft, daß der Arbeiter nach der Besteuerung seiner unbedingt notwendigen persönlichen Bedürfnisse, in erster Linie an seine Organisationen, an die Förderung der Interessen seiner eigenen Klasse denkt.

Dadurch erhält er in der ganzen sozialen Entwicklung ein Übergewicht und eine Fähigkeit in der Wahrnehmung seiner Interessen, der die Unternehmer und Arbeitgeber nicht annähernd ähnliches an die Seite setzen können. Außerordentlich wenige Unternehmen stellen sich ihrer landschaftlichen oder sozialen Organisation gegenüber in derselben Weise wie der Arbeiter es tut. Nur zu oft betrachtet der Unternehmer seinen Beitrag zu Organisationen nur als ein „a fonds perdu“ gegebenes Opfer. Mit derartig resignierten Auffassungen können aber lebensfähige Selbstverwaltungskörper, die auf gemeinsamer Initiative ganzer Volkschichten ruhen sollen, auf die Dauer nicht arbeiten.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(Nachdruck verboten.)

Draußen tönte die Klingel; gedämpftes Sprechen klang im Flur, dann öffnete die Mutter die Tür und schob eine vermummte Gestalt herein. „Hier, Nelsa, die liebe Frau von Osten! Sieh mal auf! Das kannst du dir doch anrechnen — nein, wie reizend, wie liebenswürdig!“

Agnes kam mit raschen Schritten auf Nelsa zu; diese war aufgestanden und stemmte die Hände auf die Stuhllehne. Frau Rätin ging geräuschlos hinaus.

„Was willst du?“ sagte Nelsa. Sie zog sich förmlich in sich zusammen; die Gestalt der Freundin war ihr fremd geworden, dies rostige Gesicht tat ihr weh. Sie sagte nicht: „Seh dich!“

„Was ich will?“ Die junge Frau war sehr verlegen, sie knüpfte an ihrem Pelzmantel. „Mein Gott, Nelsa, wie komisch du bist! Ich — ich, ach Nelsa!“ Sie fing plötzlich an zu weinen. „Du tuft mir so schrecklich leid! Ich wollte schon immer gern zu dir, aber Carlo sagte — Deut hat er in Köln zu tun, und da hab ich mich doch ausgezogen. Wie es dünkel wurde, bin ich aus dem Haus geschlichen, meinen alten Mantel und die Kapuze, die ich der Waschfrau zu Weihnachten schenken will, habe ich ausgezogen; da kenn mich keiner!“ Sie lachte wie ein Kind, daß einen gelungenen Streich ausgeführt hat. „Ich habe mit einer Drosche bis Ehrenbreitstein genommen, dann bin ich zu Fuß gelauscht. O, Nelsa, sie sind alle so böse auf dich! Aber ich nicht, ich ganz gewiß nicht!“

„Weißt du denn, was ich getan habe? Dann wirfst du's auch sein.“

„Ja, ich weiß es.“ Agnes nickte und wurde dunkler.

„Früher, freilich, da hätte ich dich auch verdammt — nein“, verbesserte sie sich rasch, „da hätte ich drüber gesprochen. Aber jetzt! Weißt du, Nelsa? — sie rückte sich zurück auf einen Stuhl heran und suchte die kalte Hand der Freundin zu fassen — seit ich Carlo habe, bin ich ganz anders geworden. Nun weiß ich, was siehe ist. Solch ein

Es ist notwendig, daß der Arbeitgeber in organisatorischer Hinsicht, vor allem, was die finanzielle Unterstützung seiner Repräsentations-Organisationen angeht, vom Arbeitnehmer lernt.

Sächsische Nachrichten.

Böhingen. Neuer Gemeindevorstand. An Stelle des nach 10jähriger Tätigkeit aus dem Amt geschiedenen Gemeindevorstandes Dr. Richter wurde vom Gemeinderat einstimmig Herr Sparkassenkommissar A. Böder aus Döbeln gewählt, der am Sonnabend auf sein neues Amt verzichtet wurde.

Gemuth. Verhaftete Briefmarkensammler. Böhingen. Recht. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden ein 38 Jahre alter Schlosser aus Böhingen (Bz. Bries. I. B.) und ein 33 Jahre alter Stellmacher aus Albersdorf (Bz. Bz. Bösdam) festgenommen, die versucht hatten bei einem Chemnitzer Briefmarkenhändler eine falsche sächsische Dreipennigmärkte für eine edle Marke zu verkaufen.

Mittweida. Zurückgezogene Steuer. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde befürwortet, daß die Freudensteiner, gegen die so viel Sturm geklungen wurde, vom Rat zurückgezogen werden. Der Steueraufschwung (600 000 M.) wird durch die Erhöhung der städtischen Gewerbesteuern um 50 Prozent gedeckt. Die Steuer soll 800 000 M. einbringen. Weiter genehmigte man einen 20prozentigen Aufschlag auf die Landesgewerbesteuer.

Limbach. Stilleitsverbrennen. Am 28. Dezember nachmittags in der siebten Stunde versuchte ein unbekannter Mann ein 12jähriges Mädchen unter Versprechung von Geld und verschiedenem anderem hinter die Gasanstalt zu locken. Das Kind folgte dem Unbekannten jedoch nicht worauf dieser das Kind aufs Gröbliche unstillt belästigte und dann entloste. — Versuchter Straftat. Am 28. Dezember in der siebten Stunde versuchte ein junger Bursche auf der Uhrkette einer älteren Dame die Handtasche zu entziehen. Durch lautes Hinterfragen der Dame ließ der Bursche von seinem Vorhaben ab und erging sich in Flucht. Er wurde jedoch durch die hiesige Polizei ermittelt und steht seiner Beurteilung entgegen.

Burgstädt. Die Neuwahl für das angeldete Stadtverordnetenkollegium ist auf den 19. Februar festgesetzt worden.

Burgstädt. Bürgermeister Dr. Roth erklärt im Burgstädtischen Anzeiger, er habe gegen das in der Vorsorgelegende ergangene Urteil Berufung eingereicht und erwarte, daß er einen Gewinn nach wie vor seine Schuldlosigkeit bestätigt und beweisen könne, einen anderen Urteilstreff. Er bitte die Einwohnerchaft daher, mit ihrem Urteil über diese Sache bis dahin zurückzuhalten.

Schlettau. Vom Juge überfahren. Vor einigen Tagen überfuhr der abends 7 Uhr von Annaberg kommende Zug in der Nähe des Waltherstorfer Bahnhofes einen aus Schina stammenden Einwohner namens Lorenz im Alter von 74 Jahren. Er war jedenfalls in der Unterkunft von der Bandstraße abgekommen und ging das Bahngleis entlang. Der Schwererleicht wurde ins Stadtkrankenhaus eingeliefert, wo er am 30. Dezember verstarb.

Klingenthal. Todlicher Unfall. Im Eisenwerk Rothau fiel der 40 Jahre alte Arbeiter Unger ein Säud einer zerpringenden Welle mit solcher Wucht an den Kopf daß die Schädeldecke zertrümmert wurde und der Tod sofort eintrat. Unger hinterließ eine schwerkrankes Frau und vier Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren.

Auerbach. Leberrissene Farz am Feiertag. Bei den Bergarbeiterfeststellungsarbeiten ist ein im Rohbau fertiggestellter Neubau eingestürzt. Die Ursache ist über große Spannungen beim Windematerial und unzureichende Ausführung. Da der Einsturz in der Nacht erfolgte, kam niemand zu Schaden.

Auerbach. Interessante Entscheidung. Der Betrieb einer Polizeibehörde, die Impfung eines Kindes zu erzwingen, hat die Kreisbauprimitivität Zwönitz für ungestraft erklärt. Der Stadtrat zu Auerbach batte die zwangsweise Vorführung eines Realstuhlers zur Impfung angedroht. Hiergegen erhob der Vater des Jungen Beschwerde, die von der Kreisbauprimitivität Zwönitz als beachtlich befunden worden ist, weil weder das Impfgesetz noch ein anderes Reichs- und Landesrecht den Impfzwang bis zur Anwendung körperlicher Gewalt vor sieht.

Plauen. Sprung aus dem Fenster. Im Dienste Morgenbergsstraße 43 ereignete sich am Freitag nachmittag ein Vorfall, der über die Familie eines Briefarbeiter schweres Herzleid gebracht hat. Der sieben Jahre alte Sohn war kurz vorher wegen Nachbefolgeung ihm gegebener Belohnungen in eine Kammer gesperrt worden. Die Freiheitsentziehung paßte dem Knaben aber nicht, und so löste er, gewiß ohne an die Folgen zu denken, den sonderbaren Entschluß, durch einen Sprung aus dem Fenster sich dem Stubenarrest zu entziehen. Wie Augenzeugen bestätigten,

wars er zunächst ein Paar Schüsse aus dem Fenster und sprang dann plötzlich drei Stock hoch auf die Straße herunter. Bei dem Sturze erlitt der Kleine außer schweren inneren Verlebungen einen Bein- und Oberarmbruch. Der Schwererleicht wurde alsbald nach dem Krankenhaus gebracht, wo er nach etwa zwei Stunden verstarb.

Aus dem Gerichtszaal.

Ig. Eine Riesenpleite vor Gericht. Wegen Unterschlagung hatten sich die Kaufleute Ewald Ernst Böbold, Arno Böhl und Richard Gräßer und Ferdinand Kurt Meyer, sowie die Ehefrau des erzogenen, Marie Johanna Böbold geborene Jädel vor dem Dresdner Schöffengericht zu verantworten. Es handelte sich nach dem Eröffnungsbeschluß um die Aufnahme von Darlehen gegen Verpfändung oder Veräußerung von Wohnung und Kontoreinrichtungsgegenständen, obgleich die Angeklagten daran kein Eigentumsrecht hatten. Die Angeklagten sind zum Teil vorbestraft oder verübt bereits teilweise anderweit Strafe. Meyer ist als angeblicher Konzil von Madagaskar in Geschäftsfreien besonders bekannt, obgleich er niemals ein solcher gewesen. Zur Person und Anklage führte Böbold im Zusammenhang aus, er sei mit Gräßer zeichnungsberechtigter Inhaber und Vertreter der Firma „Titan Import und Export, Handelsgesellschaft Gräßer & Co.“ in Dresden gewesen. Die Firma habe Mitte Juni 1920 ermieter Raum im Herzfeldhaus am Altmarkt bezogen, und zu diesem Zweck unter anderen eine Clubgarnitur und dergleichen Sachen als Einrichtung und Ausstattung der Geschäftsräume usw. angelauft. Mit den Lieferanten war vereinbart worden, daß nach Erfüllung der Zahlungspflicht die jeweiligen Sachen in das Eigentum der genannten Firma Titan übergingen. Es sollten große Lebensmittelgeschäfte getätig werden. Die Gesamtlage sei aber sehr ungünstig gewesen. Alle Beleihungen, vorwärts zu kommen, waren vergeblich. Große Geschäftsvorluste entstanden und verschlechterten das Unternehmen fortgesetzt. Nachdem schon vorher mehrfach Darlehen gegen Verpfändung von Einrichtungsgegenständen aufgenommen wurden, wurde dann im Sommer gleichen Jahres von der Dresdner Gewerbebank ein Kredit in Höhe von 33 400 M. aufgenommen. Als Sicherung wurden wiederum die Clubgarnitur, Schreibmaschinen usw. übertragen, dabei verschwieg, daß bereits andere Eigentümer waren, oder die Firma überhaupt noch garnicht berechtigt war, als Eigentümer aufzutreten. Am 15. Oktober 1920 wurde der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens abgelehnt, weil es an Masse fehlte, und andererseits rund vier und eine halbe Million Platzforderungen vorhanden waren. Die Paläiben seien nur deshalb so riesengroß geworden, weil die Firma oft verfügt und verurteilt worden ist, und demgemäß viele große Projektiosen mit hinzu getreten sind. In höchster Not will Böbold dann auch noch Einrichtung und Möbel verkaufen und daraus 8500 M. erhöht haben. Mit diesem Gelde wollten die Angeklagten nach Madagaskar reisen, man habe dort auf Anhieb gehofft, die Meyer vermittelten wollte, der sich immer als Konzil dieser Insel bezeichnete, doch sei dieser Schwund viel zu spät bekannt geworden. Da die Aufnahme derartiger Darlehen gegen fortgeleitete Weiterverpfändung der Kontoreinrichtung nicht richtig war, will Böbold genau gewußt, doch immer gehofft haben, daß ihm Geschäfte glücken, und die Verbindlichkeiten dann erfüllt werden können. Auch die übrigen Angeklagten bestritten durchweg ihre Schuld, so will Gräßer schon seit 1913 Geschäfte gemacht, und seine Pflichten angeblich erfüllt haben. Meyer gab zu, daß er niemals Konzil von Madagaskar gewesen ist. Er war im Kriege einmal bei den Franzosen Gefangen gewesen, interniert. Aus Korrespondenzen, die zur Verleugnung kamen, ging hervor, daß die Briefköpfe der Firma ganz hochtönende Bezeichnungen enthalten haben, so daß angenommen werden konnte, es handle sich um ein Weltunternehmen, das in allen Erdteilen Niederlassungen oder Vertretungen besitzen habe. Zwei Zeugen, die als Darlehsgeber geschädigt worden sind, machten nur allgemeine Angaben. Der Staatsanwalt forderte die Bestrafung aller Angeklagten, sie haben sich einer Reihe von Unterschlagungen schuldig gemacht, indem bei Aufnahme von Darlehen immer wieder Gegenstände verpfändet oder lässig abgetreten wurden, die Ihnen und der Firma garnicht gehören. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und dem jeweiligen Umfang ihrer Beteiligung wurden wegen Unterschlagung verurteilt Böbold zu zehn Monaten, Gräßer zu sechs Monaten und Meyer zu einem Monat Gefängnis. Frau Böbold kam mit 700 Mark Geldstrafe davon, leichte gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt, weshalb ihre Entlassung auch erfolgte.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen

sowie sämtliche Bedarfs-Artikel

Johannes Feist
Dresden - Striesen

Wittenberger Str. 187 - Telefon 30154

„Ich kann nicht!“ Das Mädchen häumte sich förmlich auf. „Ich kann nicht, las mich!“ Der Kopf sank ihr vornüber, ein Stöhnen kam aus ihrer Brust.

So blieb sie unbeweglich. Auch Agnes rührte sich nicht. Sie wagte nicht mehr zu fragen; sie wußte nicht, sollte siebleiben oder gehen? Die Gedanken schossen ihr hin und her — hatte sie am Ende doch nicht ganz den richtigen Ton getroffen, es war gewiß talklos, von ihrem Glück zu sprechen, während die andre litt? Leise und zaghaft strichen ihre Finger über Nelsas Kleid. Diese gab kein Zeichen der Erwiderung von sich. Es war peinlich.

Da öffnete sich die Türe, die Rätin kam wieder herein.

„Ah, Sie lieben, gute Frau von Osten!“ Die Rätin drückte dem Gast beide Hände. „Zu lieb, daß Sie uns besuchen! Ach ja, im Unglück erkennt man seine wahren Freunde!“ Sie schluchzte laut auf: „Wir sind wirklich geschlagen! O mein Gott, zu schrecklich!“

Hier stand Agnes den richtigen Ton. Die Unterhaltung der beiden Frauen wurde sehr lebhaft; man führte sie halb flüsternd, ab und zu schwach ein verschloßener Blick zu Nelsa hin. Diese nahm gar nicht teil, sie saß in ihrer Ecke, als ginge sie das alles nichts an.

Endlich brach Agnes auf; sie lächelte Nelsa. „Deine Mama sagt, du gehst morgen fort, ich wünsche dir glückliche Reise! Es ist gewiß jetzt auch sehr hübsch in der Eiszeit. Und wenn du wieder kommst! — sie drückte der Freundin bedeutungsvoll die Hand und lispelte ihr ins Ohr — „dann zeige ich dir mein Baby!“ Sie wußte der anderen nichts Liebsteres zum Trost zu sagen. „Adieu, Nelsa, adieu!“

„Adieu.“ Nelsa stand auf und ging mit bis zum Elsche; hier blieb sie stehen und starrte mit den weiten Augen nach der Türe, bis die sich hinter Agnes geschlossen hatte. Die Mutter gab dem Besuch noch das Geleit. Heute trat sie wieder ein. Unruhig sah sie die Tochter an; neben Frau von Osten blühenden Farben war ihr Herzen Blässe doppelt ausgefallen.

(Fortsetzung folgt)

